AUSWIRKUNGEN DES CORONAVIRUS

Eine Befragung von ArbeitnehmervertreterInnen in Aufsichtsräten großer österreichischer Kapitalgesellschaften

Eine Studie der AK-Wien, Abteilung Betriebswirtschaft

IFAM

AK 100 JAHRE GERECHTIGKEIT

Kontakt:
Abteilung Betriebswirtschaft, AK Wien, +43 1 50165 DW 12650

Bei Verwendung von Textteilen wird um Quellenangabe und Zusendung
eines Belegexemplares an die AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft, ersucht.

IMPRESSUM

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum
Zulassungsnummer: AK Wien 02Z34648 M
AuftraggeberInnen: AK Wien, Betriebswirtschaft

AutorInnen:
Heinz Leitsmüller, Alice Niklas, Markus Oberrauter, Simon Schumich, Sarah Tesar

Projektleitung:
Simon Schumich

Grafische Gestaltung und Lektorat:
Laura Kovacevic, Sylvia Steinbach

Foto: © AdobeStock - Angelina Bambina
Grafik Umschlag und Druck: AK Wien
Verlags- und Herstellungsort: Wien
© 2020 bei AK Wien

Stand Mai 2020
Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassende Ergebnisse 4
Fazit 6
Problemhintergrund 7
Ziel und Aufbau der Studie 7
Beschreibung der Untersuchungsgruppe 7
Einschätzungen zu wirtschaftlichen Auswirkungen 8
Erwartete Umsatzentwicklung 8
Erwartete Ergebnisentwicklung 10
Erwartete Ertragslage 12
Maßnahmen während der Corona Krise 14
Betriebliche Maßnahmen und Probleme 14
Liquiditätssituation 15
Staatliche Hilfe und öffentliche Unterstützungen 16
Geplante Dividenden 17
Auswirkungen auf die Beschäftigten 18
Personalpolitische Maßnahmen 18
Homeoffice während der Coronakrise 19
Auswirkungen auf die betriebliche Mitbestimmung 22
Funktionierende innerbetriebliche Sozialpartnerschaft 22
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 24
Literatur 24

Zusammenfassende Ergebnisse

Die Coronakrise hat in den ersten beiden Krisenmonaten März und April 2020 eine tiefe Spur in der österreichischen Wirtschaft und am Arbeitsmarkt gezogen. Das WIFO berichtet etwa, dass die Beschäftigtenzahlen in Österreich mit einem Minus von 5 % im Monat März gegenüber dem Vormonat so stark gesunken sind, wie zuletzt im Winter 1952/1953[1]. Der Rückgang ist damit wesentlich größer als während der Finanzmarktkrise in den Jahren 2008/2009. Per 04. Mai 2020 sind 560.521 Personen arbeitslos gemeldet[2]. Noch wesentlich dramatischer stellt sich die Situation dar, wenn auch die Entwicklung der Kurzarbeit mit betrachtet wird. Bis Ende April 2020 sind bereits beinahe 100.000 Kurzarbeitsanträge für etwa 1,2 Millionen Beschäftigte gestellt worden, die österreichische Bundesregierung wird das Budget für Kurzarbeit auf 10 Milliarden Euro aufstocken.[3]

Auch die wirtschaftlichen Daten haben sich massiv eingetrübt. Ende März hatten WIFO und IHS im besten Fall mit einem Minus des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von zwei bis 2,5 Prozent und einer V-förmigen Rezession gerechnet[4]. Das hätte einen scharfen Einbruch der Konjunktur, gefolgt von einer kräftigen Erholung im zweiten Halbjahr 2020 und im Folgejahr, bedeutet. Ökonomen der Wirtschaftsuniversität Wien, des Instituts für höhere Studien (IHS), des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) und des International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) zeichnen in einer gemeinsamen Studie Ende April allerdings ein deutlich trüberes Bild[5]. Ein Minus von 6,0 Prozent des BIP ergebe sich unter der Annahme, dass die Reduktion der wirtschaftlichen Tätigkeiten bis Mitte Juni anhält. Sollte sie nur bis Mitte Mai dauern, ist mit einem BIP-Rückgang von 4,0 Prozent zu rechnen. Betroffen sind laut WIFO die meisten Wirtschaftsbereiche, insbesondere Dienstleistungen – vor allem Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe - aber auch Teilbereiche der Sachgütererzeugung bis hin zum Bauwesen. So ist die Wertschöpfung im ersten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahr in den Bereichen Sport, Kultur, Unterhaltung, persönliche Dienstleistungen, Handel, Kfz-Reparatur und Gastronomie um durchschnittlich 7 bis 8 Prozent gesunken. Auch in der Warenherstellung, Bergbau, Energie-/Wasserversorgung sind Rückgänge von etwa 6 Prozent zu verzeichnen[6].

Große Kapitalgesellschaften sind stark von wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen: Liquidität aber meist noch vorhanden

Ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen die befragten ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat der großen österreichischen Kapitalgesellschaften, dass die **Dauer der Maßnahmen** entscheidenden Einfluss auf die Ausprägung der wirtschaftlichen Krise in den Unternehmen hat. Fast **zwei Drittel der befragten ArbeitnehmervertreterInnen meint, dass die Krise über drei Monate hinaus** – jeder **Vierte schätzte sogar länger als sechs Monate** – andauern wird. Je länger die Krise anhält, desto wahrscheinlicher erscheinen auch weiterhin pessimistische Erwartungen hinsichtlich der Geschäfts- bzw. allgemeinen Wirtschaftsentwicklung.

Die ArbeitnehmervertreterInnen gehen während der Krise überwiegend von Umsatzrückgängen ihrer Unternehmen aus. Insgesamt rechnen etwa **drei Viertel** aller Befragten mit **Umsatzeinbußen**. Laut jedem sechsten Befragten brechen die Umsätze in den jeweiligen Unternehmen während der Coronakrise **um mehr als 50 Prozent** ein. Etwa ein Drittel schätzt Umsatzrückgänge in der Größenordnung von 20 bis 50 Prozent gegenüber den Monaten vor der Corona-Epidemie. Mit Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie rechnen beinahe alle Industriebranchen mit erheblichen Einbußen. Im Handel

[1] Vgl. Bock-Schappelwein/Huemer/Hyll (2020)
[2] Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend (2020)
[3] Vgl. ORF Online (2020)
[4] Vgl. Hölzl/Klien/Kügler (2020)
[5] Vgl. Poledna/Cuaresma (2020)
[6] Vgl. Bierbaumer-Polly/Bilek-Steindl (2020)

sind die Beurteilungen geteilt, je nachdem, welche Unternehmen von den behördlichen Einschränkungen betroffen sind oder nicht.

Ähnlich dramatisch sind auch die Auswirkungen auf die **Gewinnsituation**. **90 Prozent rechnet mit Gewinneinbußen, davon jede/r Fünfte damit, dass das Unternehmen in die Verlustzone gerät**. **Nur jede/r zehnte Arbeitnehmervertreter/in glaubt, dass die Verluste heuer noch aufgeholt werden können**. Alle anderen Befragten meinen, dass die negativen Zahlen am Jahresende in der Bilanz ihren Niederschlag finden wird.

Ein differenzierter Blick auf die einzelnen Faktoren – wie die Krise in den großen Kapitalgesellschaften aufschlägt – zeigt, dass die ArbeitnehmervertreterInnen vor allem Nachfragerückgänge (60 %), Probleme mit Aufträgen (55 %), Investitionskürzungen während der Krise (49 %) sowie Schwierigkeiten in der Logistik (39 %) oder Probleme mit der Zulieferkette (41 %) wahrnehmen. Betriebsschließungen sind bei den großen Kapitalgesellschaften zum Untersuchungszeitraum Mitte April 2020 nur in wenigen Fällen ein Thema. Gerade bei jedem zehnten Unternehmen sind Betriebsteile von einer Schließung betroffen. Drei Viertel der ArbeitnehmervertreterInnen meint, dass Betriebsschließungen aber überhaupt kein Thema seien.

Auffällig ist, dass die großen Kapitalgesellschaften offensichtlich in den konjunkturell guten letzten Jahren **ihre Liquiditätsreserven gut** aufbauen konnten. Liquiditätsprobleme werden daher aktuell während der Krise nur bei wenigen der befragten Unternehmen festgestellt (16 %). Über 70 Prozent der ArbeitnehmervertertreterInnen schätzen die vorhandene Liquidität nach wie vor als gut oder sehr gut ein. Freilich ist auch diese Frage eng mit der Dauer der Krise verknüpft. Mit anhaltender Dauer ist zu vermuten, dass sich die vorhandenen Liquiditätsreserven erschöpfen können.

Umso wichtiger wird es sein, dass jetzt **Liquidität in den Unternehmen behalten wird und die Unternehmensgewinne vom Vorjahr nicht ausgeschüttet** werden. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die öffentliche Diskussion Wirkung gezeigt hat. Nach Einschätzung der Arbeitnehmervertretungen soll die Dividende bei jedem zweiten Unternehmen gekürzt werden oder könnte sogar gänzlich ausfallen. Bei einem weiteren Viertel wird zumindest darüber diskutiert. Jedoch zeigt sich auch, dass bei jedem vierten Unternehmen die Dividende unbeirrt konstant ausbezahlt werden soll.

Einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Liquidität werden **staatliche Unterstützungen** leisten. Insgesamt hat die Regierung ein Paket in der Höhe von 38 Milliarden Euro geknüpft. Als Instrumente werden vor allem Garantien und Direktzuschüsse oder Kurzarbeit gewährt. Jedes zweite Unternehmen der hier befragten größeren Kapitalgesellschaften wird laut Einschätzung der ArbeitnehmervertreterInnen entsprechende Hilfen beantragen. Zu berücksichtigen ist, dass zum Zeitpunkt der Befragung Mitte April 2020 zahlreiche staatliche Unterstützungsinstrumente noch nicht endgültig ausformuliert waren, sodass hier in weiterer Folge noch mit steigender Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Massive Auswirkungen auf Beschäftigte

Die Coronakrise hat **massive Auswirkungen auf die Beschäftigten.** Bei den großen Kapitalgesellschaften konzentrieren sich die Auswirkungen vor allem auf Kurzarbeit und auf vorzeitigen Urlaubsverbrauch. Kurzarbeit ist bei jedem zweiten Unternehmen ein Thema, ein vorzeitiger Abbau von Überstunden dagegen bei über 70 Prozent. Als Erfolg der Sozialpartnerschaft ist zu werten, dass das erfolgreiche Kurzarbeitsmodell verhindern konnte, dass die Kündigungen noch stärker angestiegen sind. Laut befragter ArbeitnehmervertreterInnen konnten in 80 Prozent der Unternehmen Kündigungen vermieden werden.

Homeoffice wird vor allem bei Angestellten vielfach praktiziert, in fast allen klassischen Aufgabenbereichen von Angestellten (z.B. HR, Marketing, Finanzen, Einkauf, IT etc.). Etwa jedes vierte Unternehmen hat sogar mehr als 75 % ihrer Belegschaft ins Homeoffice geschickt. Die Erfahrungen sind mehrheitlich positiv. Es zeigt sich jedoch, dass Arbeiten von zuhause aus meist anstrengender ist (Koordinationsaufwand) und fast jede/r Zweite unter Vereinsamung und Verunsicherung leidet, da die konkrete Ausgestaltung im Homeoffice auf die individuellen Bedürfnisse abzielen sollte. Gut funktioniert der Kontakt mit der Führungsebene, viele sehen hier jetzt auch neue Digitalisierungschancen und Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die betriebliche Sozialpartnerschaft hat während der Krise hervorragend funktioniert und einen wesentlichen Beitrag zum Krisenmanagement geleistet. Es konnte verhindert werden, dass Kündigungen massiv steigen und stattdessen durch das Instrument Kurzarbeit die Beschäftigten im aufrechten Dienstverhältnis gehalten werden konnten. Die rasche Umsetzung von massiven Maßnahmen im Bereich der Arbeitsorganisation – insbesondere etwa durch Homeoffice Lösungen oder Gesundheitsschutzmaßnahmen – zeigt, dass sozialpartnerschaftliche Lösungen enorme Vorteile sowohl für die Unternehmen als auch die Beschäftigten bringen. Die an der Befragung teilnehmenden ArbeitnehmervertreterInnen beschreiben, dass in den meisten Unternehmen eine tragfähige Beziehung zwischen der Belegschaftsvertretung und der Geschäftsführung bzw. dem Vorstand besteht. Während der Krise haben die Geschäftsführung und Betriebsräte engen Kontakt miteinander gehalten. Die meisten ArbeitnehmervertreterInnen werden nicht nur informiert, sondern haben auch Verantwortung übernommen, indem sie in die Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Aufholbedarf liegt aber offensichtlich in den Aufsichtsräten, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass in den letzten Wochen viele Sitzungen abgesagt oder verschoben worden sind.

Fazit

Die Coronakrise hat eine Dimension angenommen, die bisher niemand für möglich erachtet hat. Der radikale Shutdown großer Teile der weltweiten Wirtschaft hat enorme Auswirkungen, die derzeit nur in ihren Umrissen abgeschätzt werden können. In der ersten Phase des Shutdowns war es wichtig, rasch Lösungen zu finden, um einerseits die betroffenen Unternehmen nicht gänzlich zusammenbrechen zu lassen und gleichzeitig den Beschäftigten ein adäquates Einkommen zu sichern. Die Sozialpartnerschaft sowohl auf überbetrieblicher als auch auf betrieblicher Ebene hat sich hier als Schlüssel zu tragfähigen Lösungen bewährt. Es ist erfreulich, dass die Regierung eingelenkt hat und Sozialpartner aktiv zur Lösungsfindung einbezogen hat. Und auch auf betrieblicher Ebene zeigt die Untersuchung ein ähnliches Bild: **Bei den untersuchten Großbetrieben mit betrieblicher Mitbestimmung konnten flexible Lösungen rasch und problemlos umgesetzt werden.** Die dichten Nebel lichten sich aktuell an einigen Stellen. Die Politik, Wirtschaft und Interessensvertretungen beginnen Strategien zu entwickeln, wie die noch nicht abschätzbaren Folgen der Coronakrise aufgearbeitet werden können. Die Umfrage zeigt, dass die ArbeitnehmervertreterInnen damit rechnen, dass die Krise selbst noch länger dauern könnte. **Umso wichtiger und notwendiger wird es nun sein, die Sozialpartnerschaft aus einer „Krisensozialpartnerschaft“ wieder in eine „Zukunftssozialpartnerschaft“ weiterzuentwickeln.** Dieses Modell muss jetzt auch beim Wiederhochfahren der Wirtschaft gelebt werden. Gerade jetzt wird es wichtig sein, gemeinsame Lösungen zu finden. Themen werden neben der Existenzsicherung der Unternehmen und der Arbeitsplätze neue Formen der Arbeitsorganisation, die Sicherung des hohen Gesundheitsstandards, Chancen der Digitalisierung und generell das Thema nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz sein. Zu diskutieren wird aber auch sein, inwieweit Modelle der Arbeitszeitverkürzung einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Arbeit und persönlichen Bedürfnissen der Beschäftigten liefern können.

Problemhintergrund

Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise hat gravierende Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft und damit auch auf die Beschäftigten. Hunderttausende Geschäfte und Betriebe sind mit massiven Einbußen bei den Einnahmen konfrontiert. Betriebe müssen gesperrt werden, viele Unternehmenssektoren sind seit Wochen gänzlich lahmgelegt. Die Bundesregierung und die Sozialpartner haben rasch Maßnahmenpakete wie Kurzarbeit, Förderungen und finanzielle Unterstützungshilfen ausgearbeitet, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abzufedern.

Ziel und Aufbau der Studie

Ziel der vorliegenden Befragung von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat ist es, zu erheben, wie die Krise konkret in den Betrieben aufgeschlagen ist und welche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage sowie die Beschäftigten von den Betriebsräten beobachtet werden. Die Befragung wurde von einem Projektteam der Arbeiterkammer Wien, Abteilung Betriebswirtschaft/IFAM[7] entwickelt und durchgeführt.

Zur Teilnahme an der Befragung wurden 2.260 ArbeitnehmervertreterInnen aus 993 österreichischen Unternehmen eingeladen, die ein Aufsichtsratsmandat in ihrem jeweiligen Unternehmen wahrnehmen. Insgesamt sind im Firmenbuch 2.721 Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten registriert. Eingeladen wurden alle Personen, von denen eine E-Mail-Adresse bekannt ist.

Die Befragten konnten von 8. April bis 17. April 2020 an der Onlineumfrage teilnehmen. Insgesamt beteiligten sich 486 Personen an der Umfrage, die mittels Surveymonkey durchgeführt wurde. Der Rücklauf beträgt somit bezogen auf die eingeladenen Personen 21,5 Prozent und spiegelt ein großes Interesse bei den ArbeitnehmervertreterInnen wider.

Beschreibung der Untersuchungsgruppe

Die teilnehmenden ArbeitnehmervertreterInnen stammen zu 39 % aus diversen Industriebranchen, zu 17 % aus dem Finance-Sektor (Bank/Versicherung) sowie zu 44 % aus anderen Unternehmenssektoren wie z.B. Dienstleistung, Gesundheit und Soziales, Handel, Gewerbe, Information/Kommunikation, Verkehr, Logistik, Facility-Management, Tourismus und Gastronomie. 6 von 10 Befragten teilten mit, dass im Unternehmen mehr als 500 Beschäftigte vor der Coronakrise tätig waren. Knapp zwei Drittel gaben als Rechtsform eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) an und zu einem Drittel sind die ArbeitnehmervertreterInnen in einer Aktiengesellschaft (AG) beschäftigt.

Die Aussagen der Studie sind daher vor dem Hintergrund zu sehen, dass die teilnehmenden Personen insbesondere in größeren Kapitalgesellschaften, mit Schwerpunkten Industrie und Finance bzw. teilweise Dienstleistung beschäftigt sind. Knapp zwei Drittel der Befragten sind in operativen Tochtergesellschaften von inländischen oder ausländischen Konzernen mit mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Spezifische Aussagen über Ausprägungen in Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) oder Kleinstunternehmen sind im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich.

[7] Das **Institut für Aufsichtsrat-Mitbestimmung (IFAM)** wird gemeinsam von der AK und dem ÖGB betrieben. Ziel ist es, ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat bei ihrer Tätigkeit (etwa mit Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen) zu unterstützen.

Einschätzungen zu wirtschaftlichen Auswirkungen

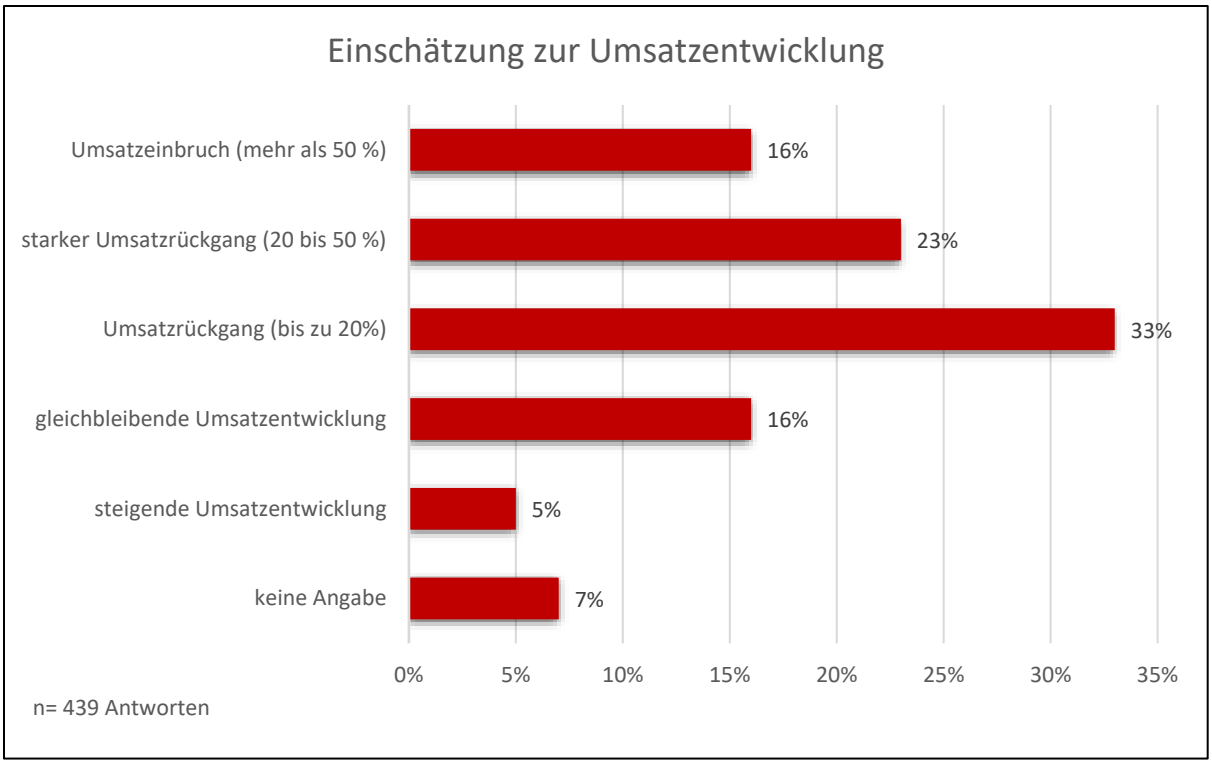
Seit Mitte März mussten in Österreich tausende Geschäfte zusperren. Etliche Unternehmenssektoren sind teilweise seit Wochen wegen Schließungen, Lieferengpässen und Auftragseinbrüchen lahmgelegt. Dies hat schwere Umsatzeinbußen bei teilweise unveränderten, zu begleichenden Fixkosten zur Folge. Viele Geschäftsmodelle geraten zumindest für mehrere Wochen stark ins Schwanken und werden bei einigen Unternehmen, je nach ihrer Möglichkeit, angepasst.

Erwartete Umsatzentwicklung

Drei von vier Befragten erwarten Umsatzrückgänge

Die befragten ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat gehen während der Krise überwiegend von Umsatzrückgängen ihrer Unternehmen aus. Insgesamt rechnen, laut Umfrage, etwa drei Viertel aller Befragten mit Umsatzeinbußen. Jeder Sechste ist der Meinung, dass die Umsätze in ihren jeweiligen Unternehmen um mehr als 50 Prozent einbrechen werden. Eine/r von drei BetriebsrätInnen schätzt Umsatzrückgänge in der Größenordnung von 20 bis 50 Prozent gegenüber den Monaten vor der Corona-Epidemie.

Abbildung 1: Einschätzung zur Umsatzentwicklung



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie ist die aktuelle Einschätzung der Umsatzentwicklung im Vergleich zu den Monaten davor?

Um eine genauere Auswertung der Ertrags- und Gewinnentwicklung zu erheben, wurden fünf Untersuchungsgruppen nach Branchenzuordnungen gebildet:

i. Industrie und Gewerbe, 210 Beantwortungen (43,6 %)
ii. Banken und Versicherungen, 84 Beantwortungen (17,4 %)
iii. Handel, 28 Beantwortungen (5,8 %)
iv. Nonprofit und Gesundheit, 67 Beantwortungen (13,9 %)
v. Sonstige Dienstleistungen, 93 Beantwortungen (19,3 %)

Mehr als zwei Drittel der befragten Personen aus Industrie und Gewerbe sind der Meinung, dass die Umsätze im aktuellen Jahr sinken werden. Etwa ein Drittel der Befragten zeigen sich optimistisch und schätzen die Umsatzentwicklung zumindest gleichbleibend. Insbesondere im Bereich der Metallindustrie, die insgesamt 64 Rückmeldungen auf diese Studie zulässt, ist bemerkbar, dass knapp 80 Prozent der BetriebsrätInnen Umsatzrückgänge erwarten und fast ein Fünftel für das kommende Jahr von gleichbleibenden Umsätzen ausgeht. Etwas optimistischer sehen die Umsatzsituation die Befragten der Elektroindustrie. Zwei Drittel gehen von Umsatzrückgängen aus. Hingegen blicken die Befragten der Nahrungs- und Genussmittelindustrie optimistischer in die heurige Ertragssituation. Zwei Drittel schätzen ihre Umsatzentwicklung als zumindest konstant ein.

Mehr als drei Viertel der ArbeitnehmervertreterInnen aus den Banken und Versicherungen sind der Ansicht, dass ihre Erträge abnehmen werden. Dennoch vermutet ein Achtel der befragten Personen zumindest eine gleichbleibende Entwicklung des Umsatzes. Jede/r Zehnte gab keine Einschätzung hinsichtlich der künftigen Ertragsentwicklung an.

Beim Handel zeigt sich vor allem aufgrund der diversen Geschäftsausrichtungen wie Lebensmittelhandel, KFZ-Handel oder etwa Textilhandel eine große Disparität von Krisengewinnern und Krisenverlierern. Während fast die Hälfte der befragten ArbeitnehmervertreterInnen Umsatzeinbrüche von mehr als 50 Prozent erwarten, schätzt knapp ein Viertel der Befragten eine steigende Umsatzentwicklung. Diese erfreuliche Ertragsentwicklung zeigte insbesondere aus den Rückmeldungen von Betrieben, die im Lebensmitteleinzel- und Großhandel tätig sind.

Etwa drei Viertel der Befragten aus dem Nonprofit- und Gesundheitsbereich, gehen von Umsatzrückgängen im aktuellen Geschäftsjahr aus. Jede/r Fünfte Befragte gab keine Einschätzung hinsichtlich der Umsatzentwicklung in der Befragung ab.

Bei den sonstigen Dienstleistungen meinen sogar 77 Prozent der befragten Personen, dass die Umsätze gegenüber der Vorkrisenzeit sinken werden. Lediglich 15 Prozent vertreten die Ansicht, dass die Ertragssituation im aktuellen Jahr gleichbleibend oder höher sein wird.

Tabelle 1: Einschätzung zur Umsatzentwicklung nach Branchenzuordnungen

Einschätzung zur Umsatzentwicklung	Industrie und Gewerbe	Banken und Versicherungen	Handel	Nonprofit und Gesundheit	Sonstige Dienstleistungen
Umsatzeinbruch (mehr als 50 %)	12 %	11 %	46 %	15 %	24 %
Starker Umsatzrückgang (20 bis 50 %)	26 %	23 %	8 %	27 %	19 %
Umsatzrückgang (bis zu 20 %)	31 %	44 %	8 %	32 %	34 %
Konstante Umsatzentwicklung	22 %	11 %	12 %	10 %	13 %
Steigende Umsatzentwicklung	7 %	1 %	23 %	0 %	2 %
Keine Angabe (keine Einschätzung)	2 %	10 %	3 %	16 %	8 %

Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise, Branchenauswertung, n = 439 Antworten
Frage: Wie ist die aktuelle Einschätzung der Umsatzentwicklung im Vergleich zu den Monaten davor?

Erwartete Ergebnisentwicklung

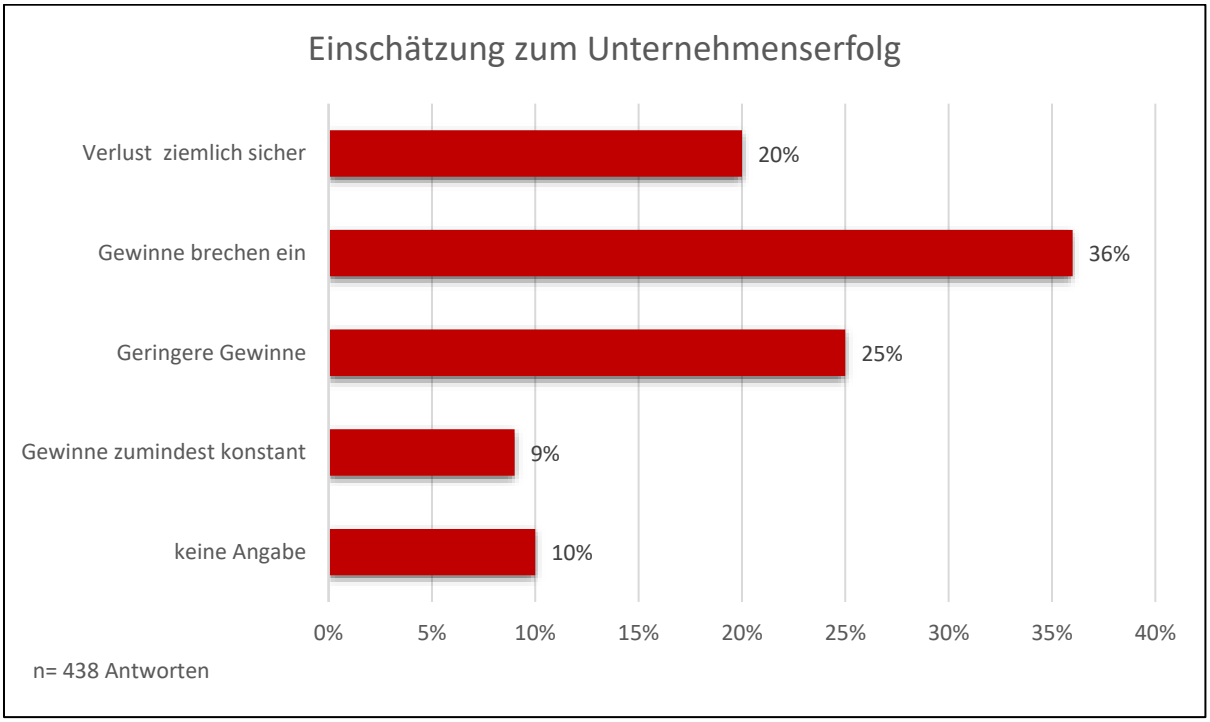
Mehrheitlich werden Gewinneinbrüche oder Verluste erwartet

Eine ebenso pessimistische Situation zeigt sich bei der Einschätzung der diesjährigen Unternehmensergebnisse. Jedes fünfte Unternehmen soll, laut Einschätzung der teilnehmenden BeschäftigtenvertreterInnen, in die Verlustzone geraten. Mehr als ein Drittel der befragten Personen gehen davon aus, dass ihr Arbeit gebendes Unternehmen zwar keine Verluste erleiden müsse, die Gewinne jedoch rückläufig sein werden.

Ein weiteres Viertel der befragten BetriebsrätInnen erwartet für das aktuelle Jahr geringere Unternehmenserfolge. Jedoch rechneten sie zum Abfragezeitpunkt (vom 8. bis 17. April) nicht mit einem Gewinneinbruch ihrer Unternehmen.

Eine kleine Gruppe bleibt dennoch optimistisch: 9 Prozent der befragten ArbeitnehmervertreterInnen erwarten zumindest gleichbleibende oder steigende Gewinne für das aktuelle Geschäftsjahr. Weitere 10 Prozent gaben zur Entwicklung des Unternehmenserfolgs keine Angabe bzw. können die wirtschaftliche Situation nicht einschätzen.

Abbildung 2: Einschätzung zum Unternehmenserfolg



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie ist die aktuelle Einschätzung des Unternehmenserfolgs für das Jahr 2020 (Gewinn- bzw. Verlustentwicklung) im Vergleich zu den Monaten davor?

Im Zuge der detaillierteren Betrachtung zeigt sich, dass mehr als 80 Prozent der Befragten aus Industrie und Gewerbe von niedrigeren Unternehmenserfolgen ausgeht. Jedoch gibt es auch krisenresistente Unternehmen. Etwa ein Achtel der Untersuchungsgruppe Industrie und Gewerbe rechnet mit zumindest konstanten Gewinnentwicklungen gegenüber dem Vorjahr.

Ein recht erschreckendes Bild zeigt sich vor allem aus der Gruppe Nonprofit und Gesundheit. Vier von zehn ArbeitnehmervertreterInnen sind der Meinung, dass Unternehmensverluste ziemlich sicher sind. Im Gesundheits- und Nonprofit-Bereich ist niemand der Meinung, dass heuer Gewinne erwirtschaftet werden können.

In der Untersuchungsgruppe Banken und Versicherungen meinen zwar lediglich 8 Prozent der BetriebsrätInnen, dass ihr Unternehmen in die Verlustzone schlittert, jedoch sind mehr als zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass die Gewinne geringer bzw. einbrechen werden.

Beim Handel zeigt sich wieder eine sehr ambivalente Entwicklung, da diese Untersuchungsgruppe vom Lebensmittel- bis hin zum Textil- oder KFZ-Handel sehr breit ist und daher auch unterschiedliche Erfolgserwartungen auftreten.

Tabelle 2: Einschätzung zum Unternehmenserfolg nach Branchenzuordnungen

	Industrie und Gewerbe	Banken und Versicherungen	Handel	Nonprofit und Gesundheit	Sonstige Dienstleistungen
Verlust ziemlich sicher	15 %	8 %	23 %	41 %	28 %
Gewinne brechen ein	40 %	40 %	35 %	29 %	26 %
Geringere Gewinne	27 %	32 %	23 %	8 %	30 %
Gewinne zumindest konstant	13 %	6 %	15 %	0 %	6 %
Keine Angabe (keine Einschätzung)	5 %	14 %	4 %	22 %	10 %

Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise, Branchenauswertung, n = 438 Antworten
Frage: Wie ist die aktuelle Einschätzung des Unternehmenserfolgs für das Jahr 2020 (Gewinn- bzw. Verlustentwicklung) im Vergleich zu den Monaten davor?

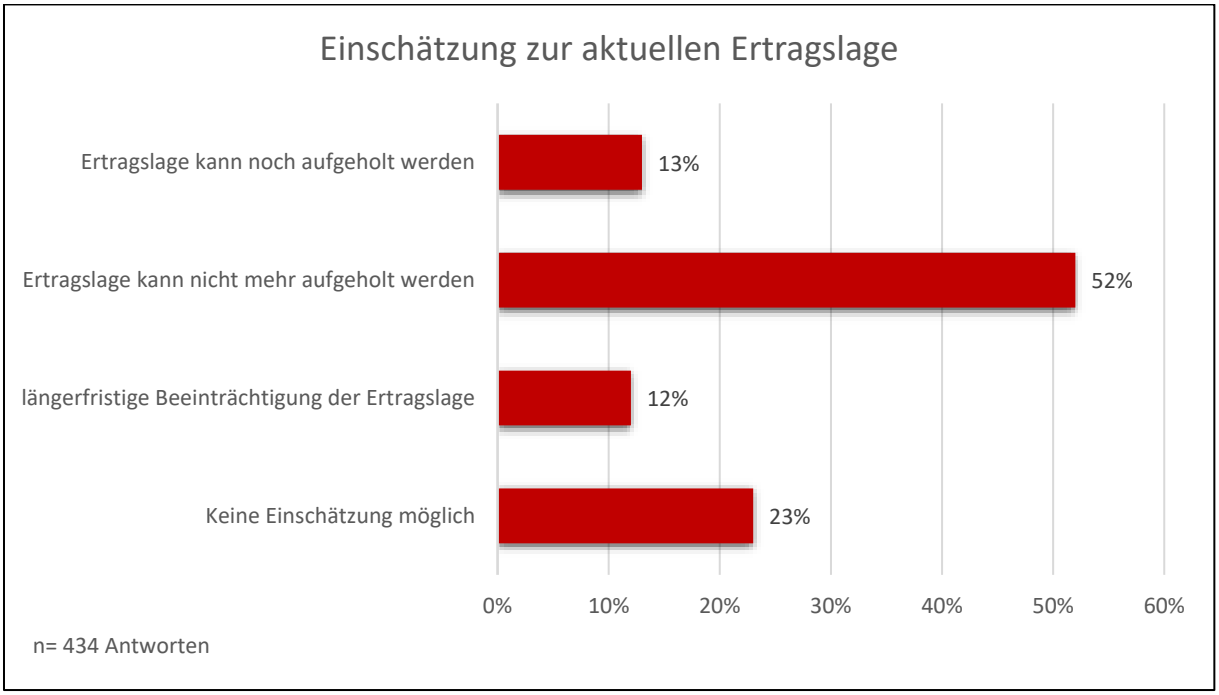
Erwartete Ertragslage

Ertragslage kann nicht mehr aufgeholt werden

Zwei Drittel der Befragten meinen, dass die Ertragssituation bis Jahresende nicht mehr aufgeholt werden kann bzw. rechnet ein Achtel der Befragten sogar mit einer längerfristigen Beeinträchtigung der Ertragslage.

Lediglich ein Achtel (12,7 %) verbleibt optimistisch und rechnet mit einem Aufholen im heurigen Jahr. Außerdem waren zum Abfragezeitpunkt im April noch 23 Prozent der Meinung, dass derzeit keine wirtschaftliche Einschätzung für die Zeit während der Coronakrise möglich sei.

Abbildung 3: Einschätzung zur aktuellen Ertragslage

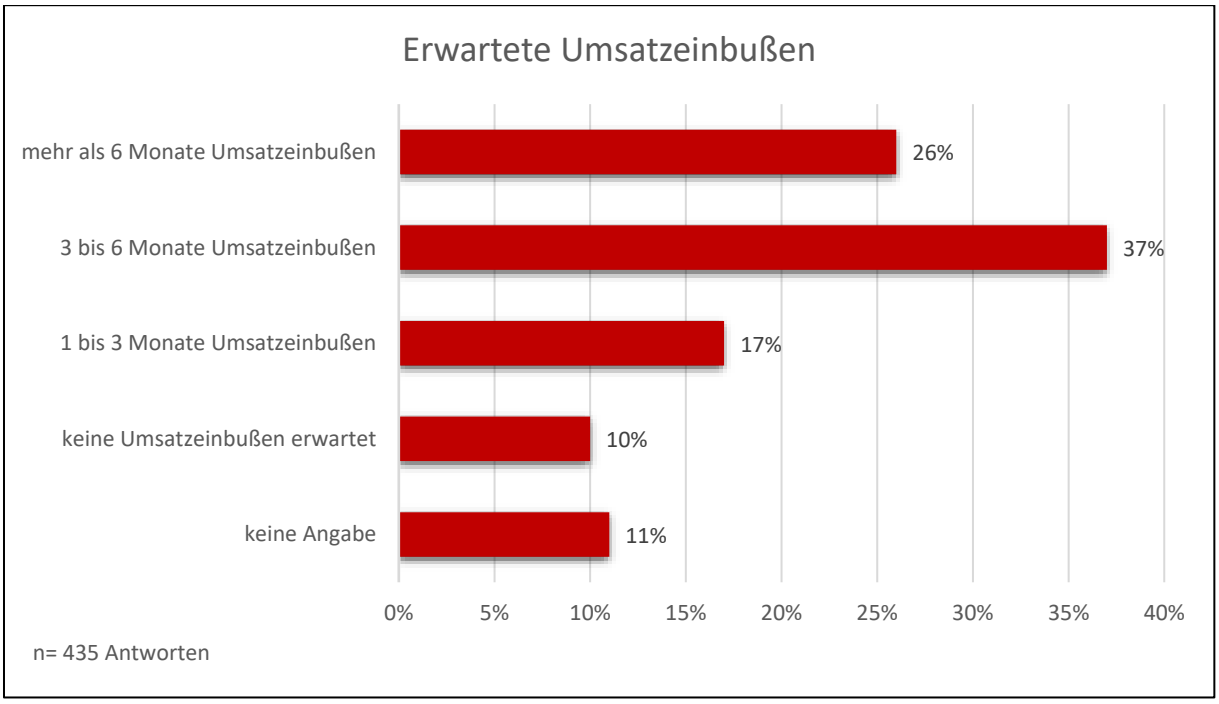


Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Welche Einschätzung gibt es aus derzeitiger Sicht für die Zeit nach der akuten Coronakrise?

Die Krise dauert länger als 3 Monate

Als problematisch zeigt sich insbesondere, die Einschätzung hinsichtlich der Krisendauer. Fast zwei Drittel der befragten BetriebsrätInnen meinen, dass die Krise über drei Monate hinaus – jeder vierte schätzte sogar länger als sechs Monate – andauern wird. Je länger die Krise andauert, desto wahrscheinlicher erscheinen auch weiterhin pessimistische Erwartungen hinsichtlich der Geschäfts- bzw. allgemeinen Wirtschaftsentwicklung.

Abbildung 4: Erwartete Umsatzeinbußen



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Über welchen Zeitraum wird temporär mit Umsatzeinbußen gerechnet?

Insgesamt zeigen sich ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat hinsichtlich der Umsatz- und Ertragsentwicklung überwiegend pessimistisch. Viele BetriebsrätInnen gehen davon aus, dass die krisenbedingte rückläufige Umsatzentwicklung länger als drei Monate andauern wird, mit einer Erholung wird frühestens im nächsten Jahr gerechnet. Besonders problematisch ist, dass vermutet wird, dass etwa ein Fünftel der Betriebe in die Verlustzone geraten wird, wodurch die Reserven aufgebraucht werden könnten. Einer von acht Befragten rechnet mit längerfristigen Problemen.

Maßnahmen während der Corona Krise

Betriebliche Maßnahmen und Probleme

Wenig Betriebsschließungen, aber hoher Nachfragerückgang

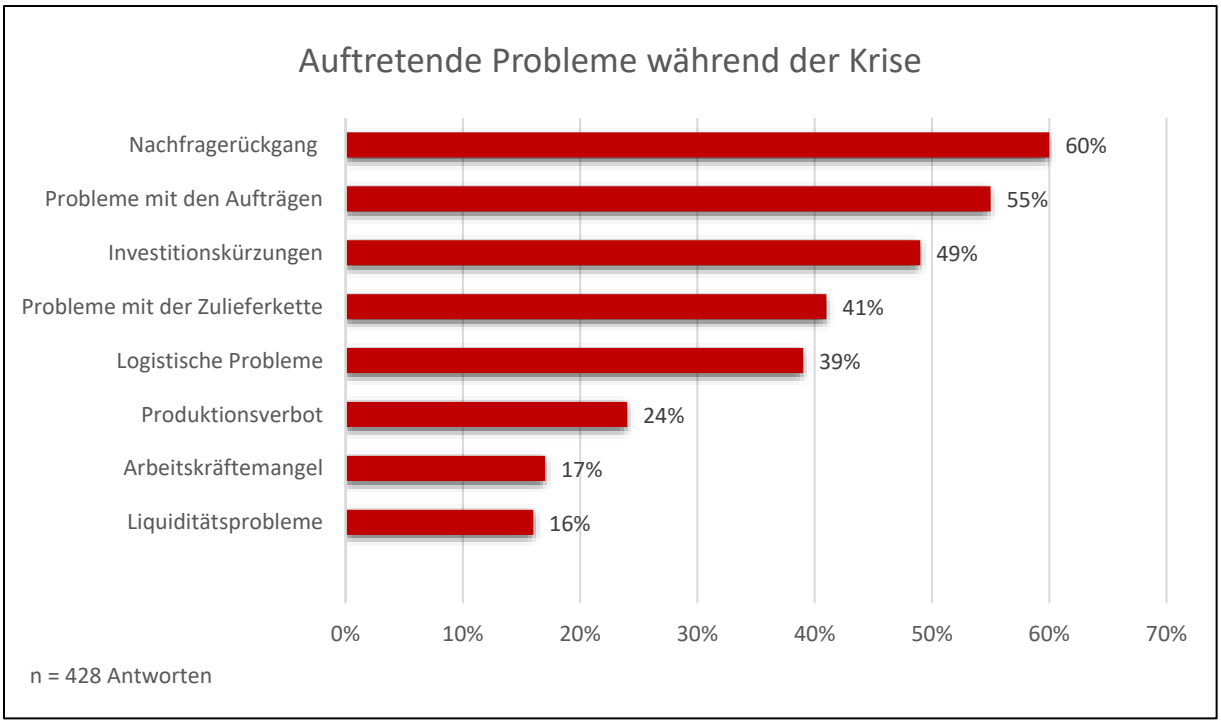
Welche Maßnahmen werden während der Corona Krise in den Betrieben gesetzt? In Bezug auf die Frage von Betriebsschließungen, antworteten etwa drei Viertel der Aufsichtsräte aus den großen Kapitalgesellschaften, dass diese bis April noch kein Thema waren. Gerade bei jedem zehnten Unternehmen sind Betriebsteile von einer Schließung betroffen.

Die Betriebsräte berichteten in Hinblick auf die auftretenden Probleme insbesondere von Nachfragerückgängen (60 %), Probleme mit den Aufträgen (55 %), Investitionskürzungen während der Krise (49 %) sowie von Schwierigkeiten in der Logistik (39 %) oder Problemen mit der Zulieferkette (41%ige).

Nur wenige größere Kapitalgesellschaften waren dagegen von Produktionsverboten (24 %) betroffen. Auch ein Mangel an Arbeitskräften ist kaum Thema.

Auffällig ist, dass die großen Kapitalgesellschaften offensichtlich in den konjunkturell guten letzten Jahren ihre Liquiditätsreserven gut aufbauen konnten. Liquiditätsprobleme werden daher aktuell während der Krise nur bei wenigen Unternehmen festgestellt (16 %). Freilich ist auch diese Frage eng mit der Dauer der Krise verknüpft. Mit anhaltender Dauer ist zu vermuten, dass sich die vorhandenen Liquiditätsreserven erschöpfen werden.

Abbildung 5: Auftretende Probleme während der Krise



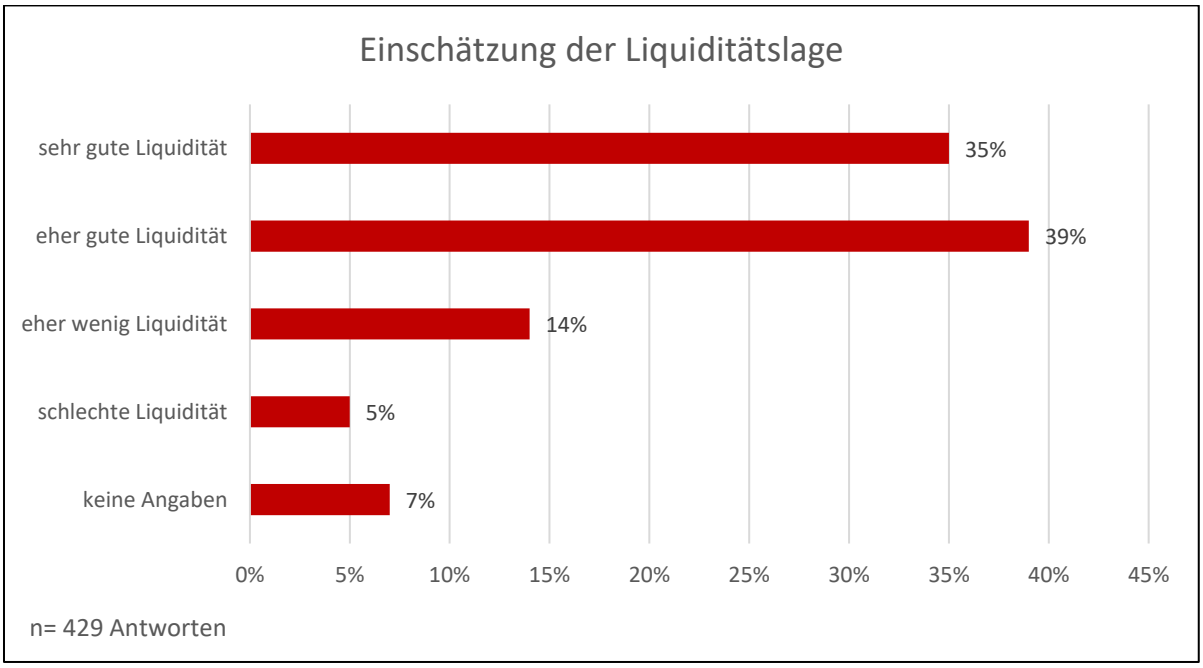
Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Welche Probleme treten derzeit im Unternehmen auf?

Liquiditätssituation

Die Liquiditätssituation ist überwiegend positiv

Generell wird die Liquiditätssituation ihrer Unternehmen von 74 Prozent der befragten ArbeitnehmervertreterInnen als zumindest gut bewertet. Dieser Umstand zeigt, dass der Einschätzung zufolge, die großen österreichischen Kapitalgesellschaften in den letzten Jahren gut verdient haben und sich auch entsprechende Reserven aufbauen konnten, die nun als Puffer für die Krisenzeit herangezogen werden können.

Abbildung 6: Einschätzung der Liquiditätssituation



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie wird die Liquiditätslage des Unternehmens aus derzeitiger Sicht eingeschätzt?

Zusammenfassend sehen die befragten ArbeitnehmervertreterInnen, dass ihre Unternehmen teilweise massive Nachfragerückgänge verzeichnen müssen und gleichzeitig die Aufträge wegbrechen. Weiters werden Schwierigkeiten im logistischen Bereich gesehen. Die Ertragseinbrüche führen dazu, dass Zukunftsprojekte gestoppt werden und deutliche Investitionskürzungen erwartet bzw. bereits eingeleitet wurden.

Überraschend ist jedoch, dass die Liquidität bei den großen Kapitalgesellschaften in den überwiegenden Fällen – zumindest in den ersten Wochen der Krise – nicht als problematisch beurteilt wurde. Auch Arbeitskräftemangel, Produktionsbeschränkungen und Betriebsschließungen waren bisher kaum ein Thema.

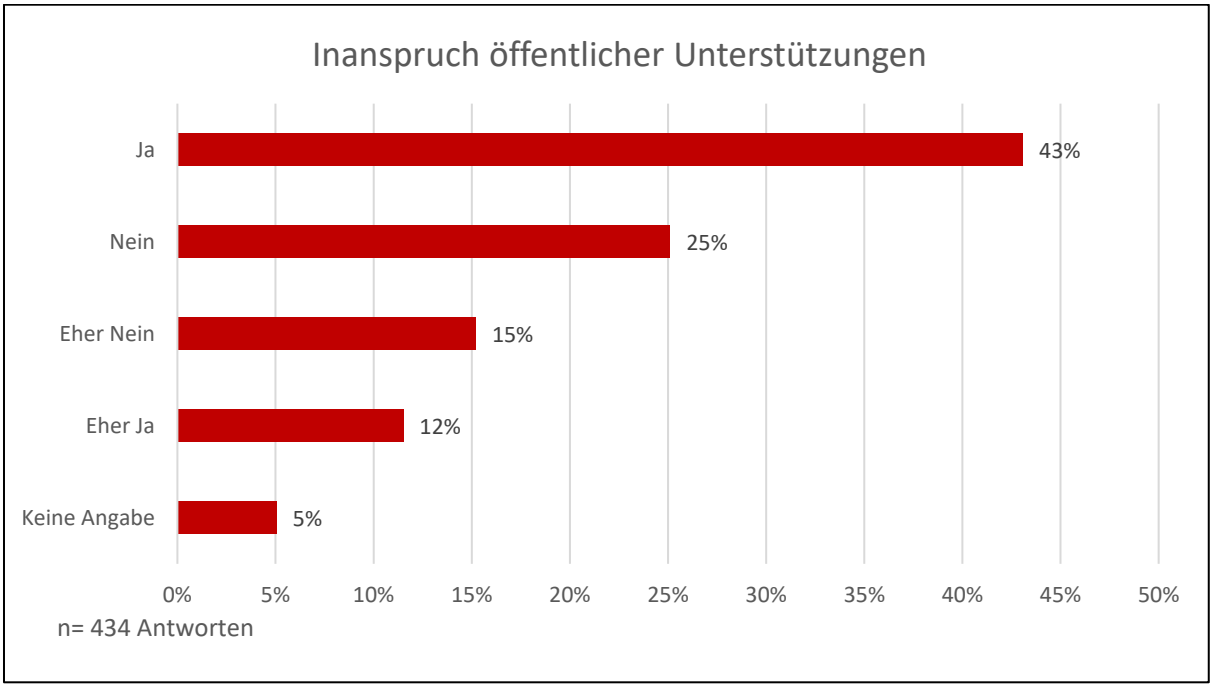
Staatliche Hilfe und öffentliche Unterstützungen

Um Arbeitsplätze und die Zahlungsfähigkeit der österreichischen Unternehmen während der Coronakrise bestmöglich zu erhalten, hat die österreichische Bundesregierung ein 38 Milliarden Euro Hilfspaket für die Unternehmen beschlossen. Dieses Paket umfasst eine Reihe von verschiedenen finanziellen Unterstützungen (Soforthilfe und Härtefallfonds, Corona Hilfs-Fonds, Kreditgarantien und Haftungen, Direktzuschüsse, Steuerstundungen und die Herabsetzung der Vorauszahlungen), die sowohl von Klein- bis Großunternehmen und von Unternehmen aus verschiedenen Branchen (wie z.B. Nonprofit-Bereich etc.) beantragt werden können.

Im Rahmen der Umfrage wurden die ArbeitnehmervertreterInnen befragt, ob die Unternehmen zum Umfragezeitpunkt planen, Unterstützungen der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen. Mehr als die Hälfte (55 %) der Befragten vertreten die Auffassung, dass das Unternehmen staatliche Hilfe beantragen wird. Jeder Vierte rechnet nicht damit.

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Branchen ist erkennbar, dass knapp 70 Prozent der ArbeitnehmervertreterInnen im Handel und in der Industrie/Gewerbe davon ausgehen, dass staatliche Hilfen von deren Unternehmen beantragt werden. In der Branche Nonprofit (NPO)/Gesundheit beantworteten rund 60 Prozent der Interviewten diese Frage mit Ja.

Abbildung 7: Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützungen



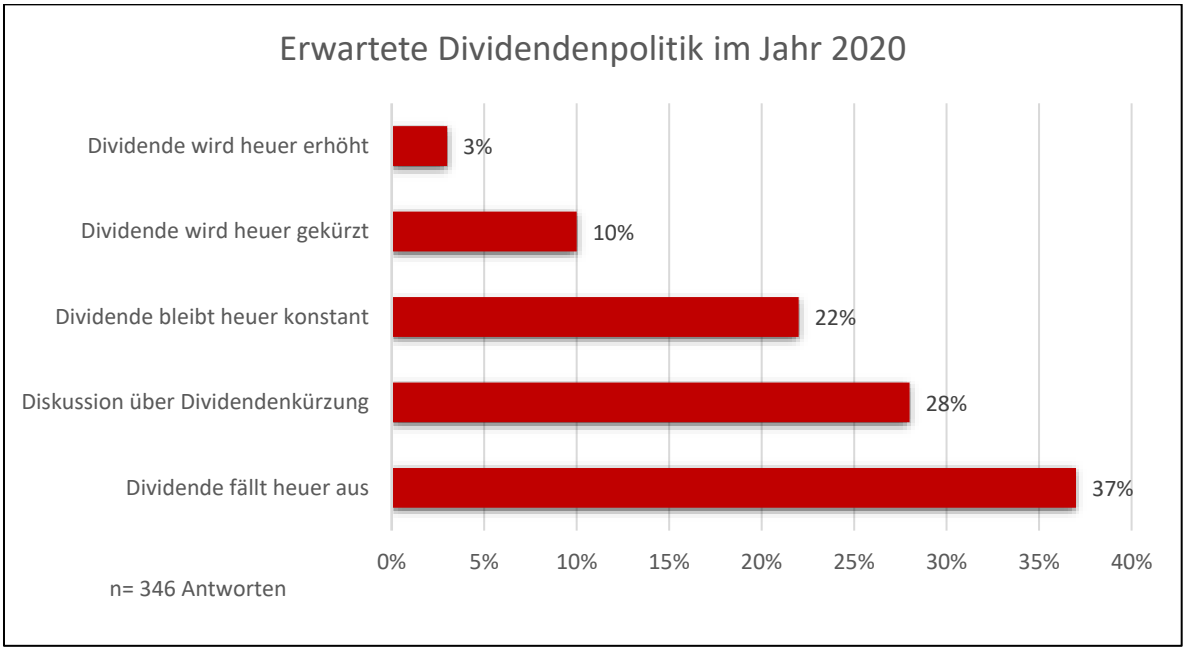
Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Ist derzeit geplant, Unterstützungen der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen? (z.B. Garantien, Kurzarbeit, Zuschüsse etc.)

Geplante Dividenden

Die Coronakrise führt zu massiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistung der Unternehmen und ist unter anderem von Umsatzrückgängen, Produktionseinschränkungen, Stornierungen, Liquiditätsengpässen geprägt. Um den Fortbestand, die Geschäftstätigkeit und die Selbstfinanzierungskraft der Gesellschaften erhalten zu können, sollte die Ausschüttungspolitik der Unternehmen entsprechend angepasst werden. Bei etlichen staatlichen Unterstützungsinstrumenten – insbesondere im Rahmen des Corona Hilfsfonds – wurde ein Ausschüttungsverbot für die Zeit von März 2020 bis März 2021 als Bedingung festgelegt. Die Beschränkungen wurden allerdings nicht für alle Unterstützungsmaßnahmen gleich formuliert, sodass es in der Praxis zu unterschiedlichen Anwendungen kommt.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutlich, dass nach Einschätzung der ArbeitnehmerInnenvertretung in jedem zweiten Unternehmen geplant ist, dass die Dividende gekürzt wird oder sogar ausfallen könnte (siehe Abbildung 8). Bei einem weiteren Viertel wird zumindest darüber diskutiert. Jedoch zeigt sich auch, dass bei jedem vierten Unternehmen die Dividende konstant ausbezahlt wird.

Abbildung 8: Erwartete Dividendenpolitik im Jahr 2020



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie ist die derzeitige Diskussion im Unternehmen (bzw. Mutterunternehmen) zwecks Gewinnentnahmen oder Dividendenpolitik?

In den Branchen Industrie/Gewerbe, Banken/Versicherungen, Handel und sonstige Dienstleistungen rechnet fast ein Drittel (30 %) der Befragten mit einem Ausfall der Dividende. Ein geringerer Anteil der ArbeitnehmervertreterInnen geht von einer Kürzung aus. Zwischen 15 % und 26 % der Befragten in den einzelnen Bereichen gehen davon aus, dass die Dividende gleichbleibt.

Auswirkungen auf die Beschäftigten

In den Unternehmen werden eine Reihe von personalpolitischen Maßnahmen während der Coronakrise gesetzt. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise Kurzarbeit, Abbau von Urlaub/Überstunden, keine Neubesetzungen bis hin zu Kündigungen.

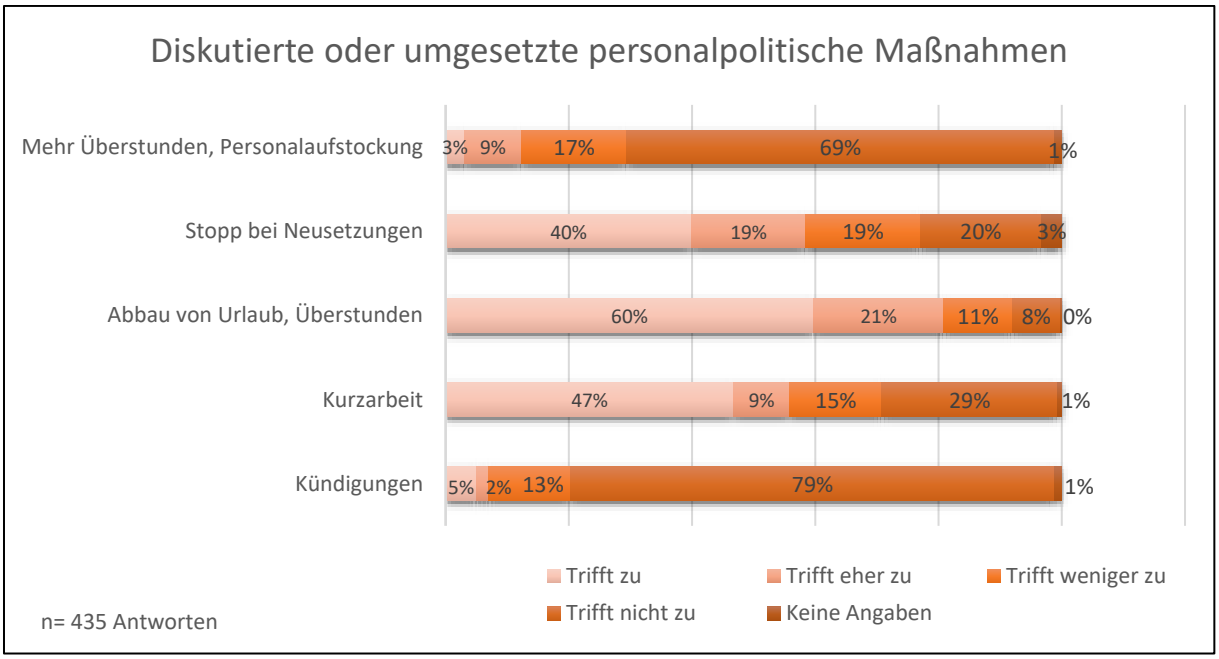
Die Sozialpartner und die Bundesregierung haben ein flexibles Kurzarbeitsmodell für die Unternehmen erstellt, um möglichst viele ArbeitnehmerInnen in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten weiterhin beschäftigen zu können. Ursprünglich wurde dafür ein Budget in der Höhe von 400 Millionen Euro vorgesehen, aufgrund des großen Andrangs wurde das Budget mittlerweile auf 10 Milliarden Euro (Stand 30. April 2020) erhöht. Bisher konnten somit über 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch Kurzarbeit gesichert werden.

Personalpolitische Maßnahmen

Auch während der Finanzkrise 2009 wurde die Kurzarbeit zu einem wichtigen Instrument für die Beschäftigten in den österreichischen Unternehmen. Im Vergleich dazu gab es damals durchschnittlich 26.000 KurzarbeiterInnen in Österreich[8]. Angesichts der im Vergleich zum damaligen Modell wesentlich höheren Inanspruchnahme, wird die hohe Bedeutung dieses Instruments in der aktuellen Krise deutlich sichtbar und auch durch Ergebnisse der Umfrage bestätigt:

Bereits in jedem zweiten befragten Unternehmen kommen Kurzarbeitsmodelle zur Anwendung. Wie die vorliegende Umfrage zeigt, zählen der Abbau von Urlaub und Überstunden (80 %) zu weiteren personalpolitischen Maßnahmen. Kündigungen wurden bislang nur in 7 Prozent der Unternehmen (Stand: Erhebungszeitraum Mitte April) ausgesprochen. Knapp 60 Prozent der ArbeitnehmervertreterInnen geben an, dass derzeit keine Neubesetzungen durchgeführt werden.

Abbildung 9: Diskutierte oder umgesetzte personalpolitische Maßnahmen



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Welche personalpolitischen Maßnahmen werden im Unternehmen bereits diskutiert oder umgesetzt?

[8] Quelle: Endbericht Kurzarbeit in Deutschland und Österreich, http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/ams_wifoKUA_Endbericht_2011.pdf

Auch differenziert nach Branchen zeigt sich ein ähnliches Bild. In der Industrie/Gewerbe (rund 70 %), Handel (über 80 %), NPO/Gesundheit und sonstige Dienstleistungen (ca. 50 %) ist die Kurzarbeit die gängigste Maßnahme, gefolgt von Überstunden- und Urlaubsabbau. In Banken und Versicherungen spielt das Instrument Kurzarbeit bislang keine Rolle.

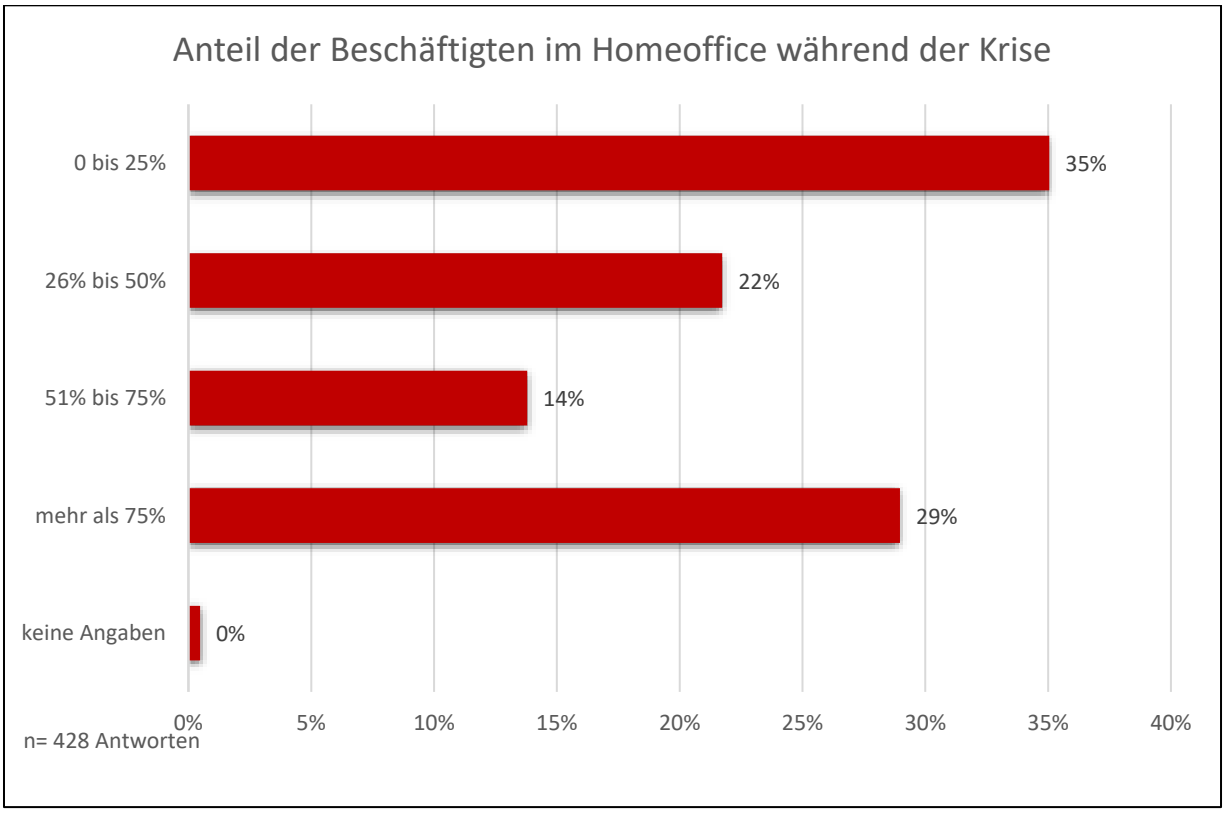
Kündigungen liegen im einstelligen Bereich über alle Branchen hinweg. Im NPO/Gesundheitsbereich ist dagegen eine gegenteilige Entwicklung zu erkennen. In 20 Prozent der Unternehmen müssen die Arbeitsressourcen durch mehr Überstunden bzw. Personalaufstockungen erweitert werden. Insgesamt ist bei 10 % der Unternehmen eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebots zu erkennen.

Von diesen gesetzten Maßnahmen sind vor allem Angestellte, niedrig qualifizierte Beschäftigte sowie Leiharbeitskräfte betroffen. Lehrlinge und leitende Angestellte sind am geringsten betroffen.

Homeoffice während der Coronakrise

Der Aufforderung der Regierung und Sozialpartner, dass möglichst viele ArbeitnehmerInnen vom Büro ins Homeoffice wechseln, um andere vor der Coronavirus-Pandemie zu schützen, sind die meisten der großen österreichischen Unternehmen nach Möglichkeit gefolgt. Bei mehr als jedem vierten Unternehmen sind fast alle bzw. mehr als drei Viertel der MitarbeiterInnen im Homeoffice. In 39 Prozent der Unternehmen arbeitet zumindest mehr als die Hälfte der Belegschaft von zuhause aus. In 35 Prozent der Unternehmen ist Homeoffice im Unternehmen allerdings eher gering verbreitet. Der Anteil der Heimarbeit ist vor allem naturgemäß in der Industrie geringer als zum Beispiel in der Bank- und Versicherungswirtschaft. Dort arbeiten rund 75 Prozent der Beschäftigten fast zur Gänze im Homeoffice, während im Industriebereich keine 10 Prozent der Belegschaft permanent im Homeoffice sind. Auch im Handel hat die Mehrheit der Beschäftigten keine Perspektive von zuhause aus zu arbeiten.

Abbildung 10: Anteil der Beschäftigten im Homeoffice während der Krise



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie hoch ist Ihrer Einschätzung nach der Anteil der Beschäftigten im Unternehmen, die ihre Arbeit während der Krise mit Homeoffice erbringen?

Die Möglichkeit für Homeoffice bestimmt sich primär nicht durch die Branche, sondern vor allem durch die Funktion und das Arbeitsfeld. Die Unternehmensbereiche, wo Homeoffice stattfindet, betreffen einen großen Teil des Angestelltenbereichs. In einer Bandbreite zwischen 92 % und 77 % können im Bereich Finanzen, HR, Recht, Verwaltung, IT, Marketing und Unternehmensführung die Arbeiten von daheim aus erledigt werden. Auch im Einkauf und Vertrieb arbeiten in fast zwei Drittel der Unternehmen die Beschäftigten via Homeoffice. Selbst im Verkauf kann rund die Hälfte (49 %) von zuhause aus bearbeitet werden. Schwieriger wird es schon für die Beschäftigten in der Liegenschaftsverwaltung (35 %) und in der Logistik ihre Tätigkeit von zuhause aus zu verrichten. Die geringste Chance auf Arbeit von zuhause aus haben naturgemäß die MitarbeiterInnen in der Produktion (9 %).

Abbildung 11: Unternehmensbereiche von Homeoffice während der Coronakrise

Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: In welchen Unternehmensbereichen wird während der Krise im Homeoffice gearbeitet? (Mehrfachnennungen möglich)

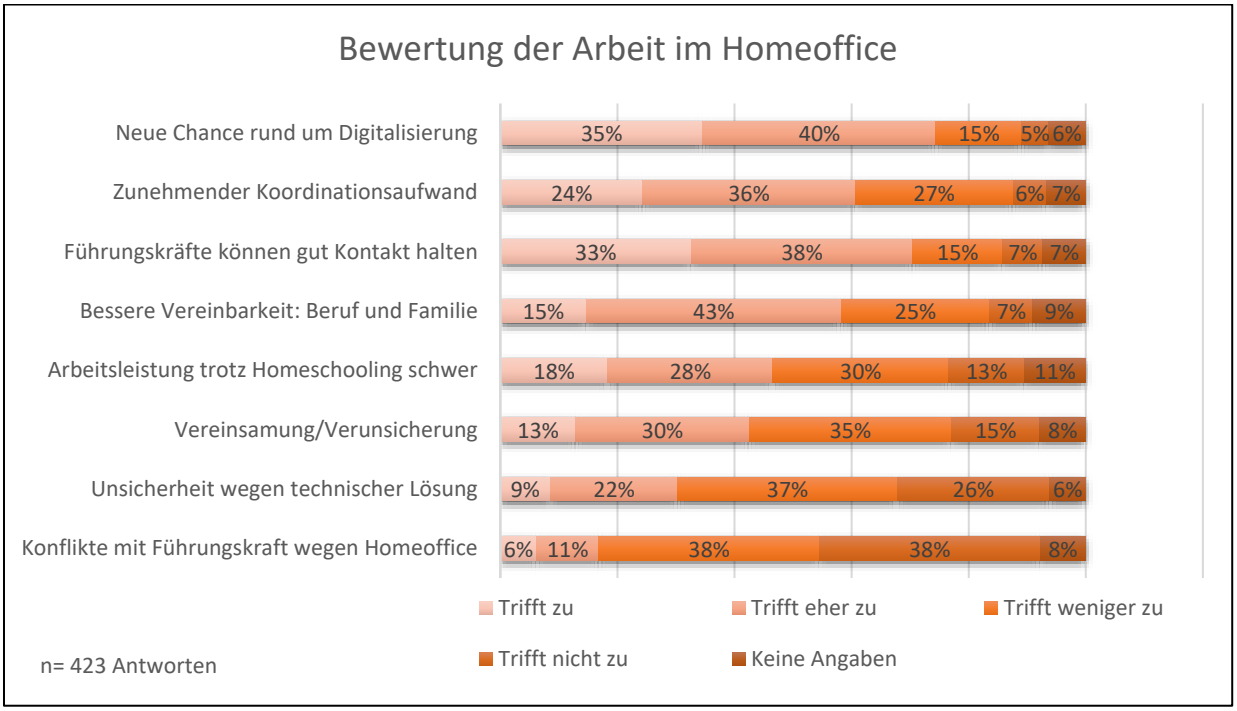
Homeoffice: viel Licht und Chancen, aber auch große Belastung und Gefahren

Wie arbeitet es sich dauerhaft von zu Hause und wo sehen die Betroffenen die Vorteile und die etwaigen Probleme?

Rund drei Viertel der Befragten beurteilen es als positiv, dass im Zuge der Digitalisierung neue Chancen entstehen (75 %) und auch der Kontakt mit den Führungskräften gut gehalten werden kann (71 %). Auch Konflikte mit der Führungsebene im Zuge von Homeoffice werden nur selten registriert. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird von sechs von zehn Befragten gesehen. Auch die technische Umsetzung klappt in den meisten Unternehmen gut, nur bei 30 % der Betriebe werden dort Probleme gesehen.

Allerdings lassen sich in der Befragung auch einige Schwierigkeiten ableiten. Homeoffice ist mit viel Aufwand verbunden (60 %: höherer Koordinationsaufwand), fast jede/r zweite ArbeitnehmervertreterIn berichtet auch von Vereinsamungs- bzw. Verunsicherungsgefahr. Auch die Belastung bei Homeschooling und Homeoffice wird in der Befragung deutlich sichtbar. Eine Mehrheit der MitarbeiterInnen die davon betroffen sind bzw. dazu eine Meinung haben, sieht die Arbeitsleistung im Zusammenhang mit Homeschooling als erschwerend an (46 %), während 43 % der ArbeitnehmervertreterInnen keine Probleme sehen.

Abbildung 12: Bewertung der Arbeit im Homeoffice



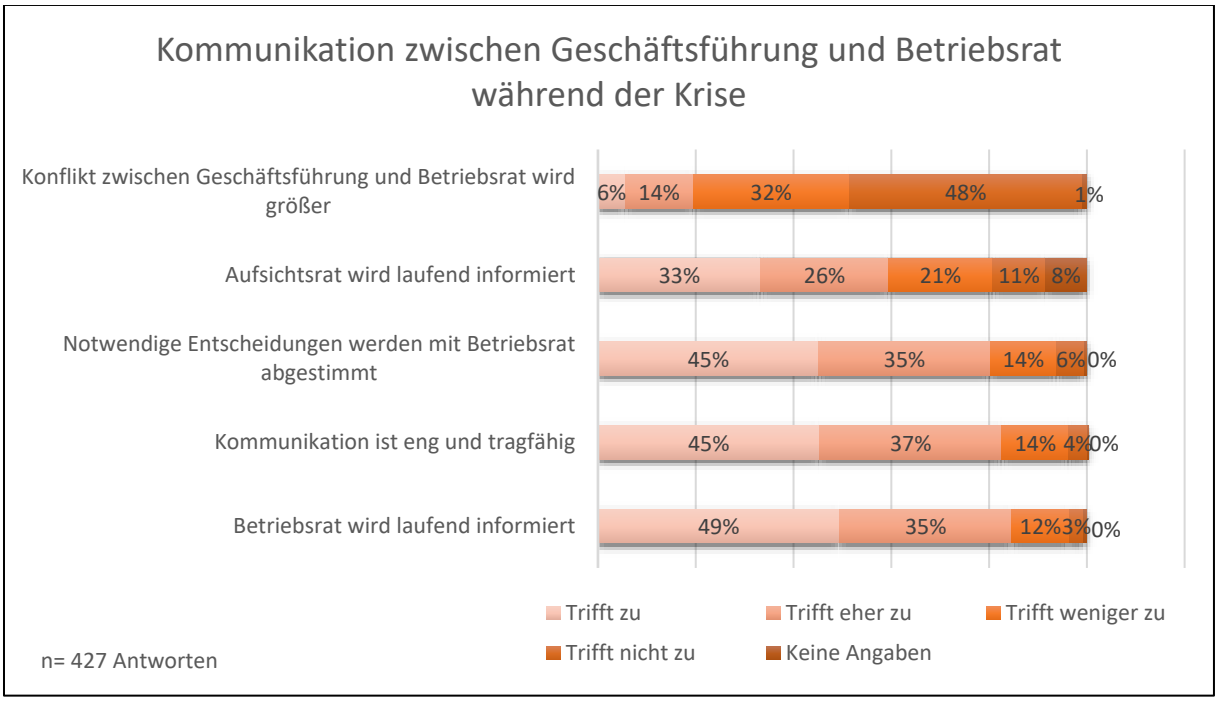
Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie bewerten Sie die Arbeit im Homeoffice?

Auswirkungen auf die betriebliche Mitbestimmung

Funktionierende innerbetriebliche Sozialpartnerschaft

Die Kommunikation zwischen Geschäftsführung und Belegschaftsvertretung sowie die Einbeziehung des Betriebsrats – also die innerbetriebliche Sozialpartnerschaft – funktioniert bisher in den meisten Fällen äußerst gut. In 82 % der Unternehmen gibt es eine sehr gute und tragfähige Kommunikation mit der Geschäftsführung. Auch der Informationsfluss ist gewährleistet. Die Betriebsräte werden laufend informiert (84 %). Die notwendigen Entscheidungen werden in vier von fünf Betrieben mit dem Betriebsrat ausreichend abgestimmt. Erfreulicherweise werden in Krisenzeiten die Konflikte zwischen Betriebsrat und Management kaum größer (80 %). In den Industrieunternehmen funktioniert die innerbetriebliche Sozialpartnerschaft sogar noch besser. Im Nonprofit- und Gesundheitsbereich stellt sich die Lage hingegen etwas schwieriger dar. Dort gibt es in jedem dritten Unternehmen keine ausreichende Abstimmung bei notwendigen Entscheidungen mit dem Betriebsrat und in jedem vierten Unternehmen nehmen auch die Konflikte mit der Geschäftsführung zu. Die Informationen an den Aufsichtsrat sind generell in Ordnung (60 % Zustimmung), aber in jedem 3. Fall besteht eindeutig ein Verbesserungsbedarf. In den Handelsbetrieben gibt es offenbar gröbere Probleme beim Informationsaustausch mit dem Aufsichtsrat. Dieser findet nur in 40 % der Fälle ausreichend statt.

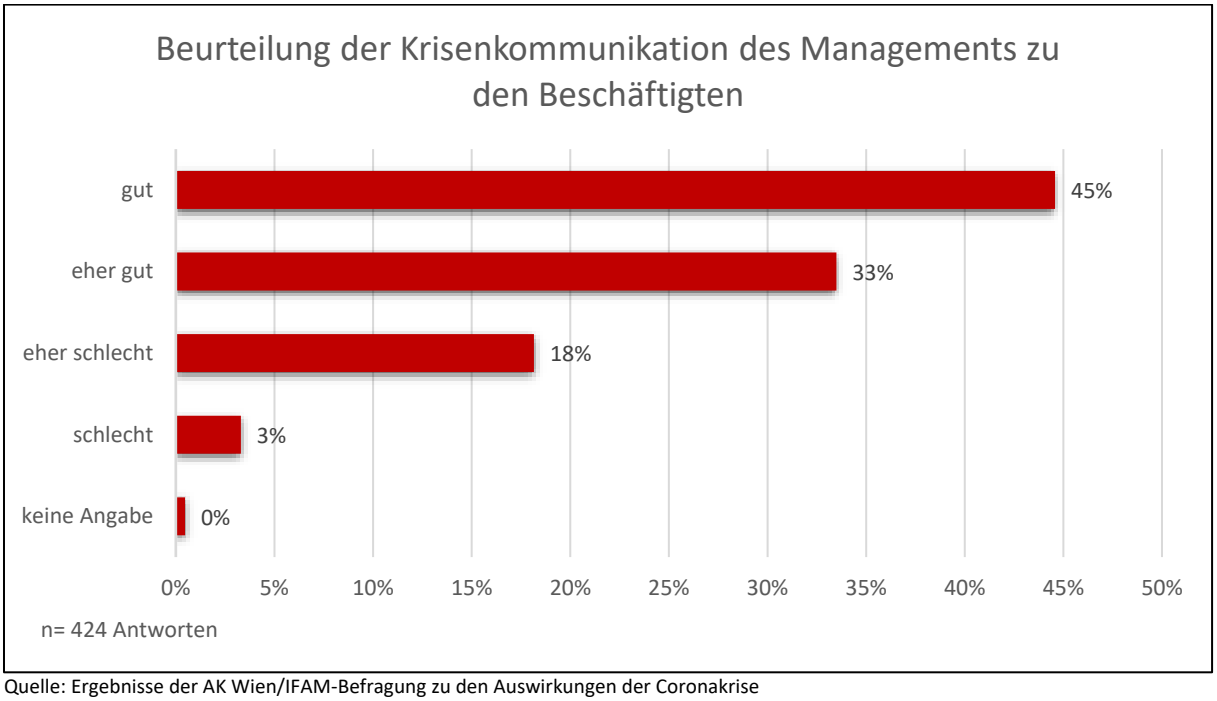
Abbildung 13: Kommunikation zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat während der Krise



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie schätzen Sie die Kommunikation zwischen Geschäftsführung/Vorstand und Belegschaftsvertretung während der Krise ein?

Es zeigt sich auch, dass derzeit in der überwiegenden Mehrzahl der Unternehmen die Krisenkommunikation des Managements zu ihrer Belegschaft gut funktioniert. In vier von fünf Unternehmen wird die Krisenkommunikation als gut bzw. eher gut eingeschätzt. In jedem fünften Unternehmen gibt es allerdings kommunikative Probleme. In der Bank- und Versicherungswirtschaft funktioniert die Krisenkommunikation sogar in 91 % der Unternehmen recht gut. Bei den NPOs und Gesundheitsbetrieben sowie im Bereich der sonstigen Dienstleistungen fällt hingegen in jedem dritten Unternehmen die Beurteilung der Krisenkommunikation des Managements zu den Beschäftigten eher negativ aus.

Abbildung 14: Beurteilung der Krisenkommunikation des Managements zu den Beschäftigten



Quelle: Ergebnisse der AK Wien/IFAM-Befragung zu den Auswirkungen der Coronakrise
Frage: Wie beurteilen Sie die Krisenkommunikation des Managements zu den Beschäftigten?

Zusammenfassend zeichnen die befragten ArbeitnehmervertreterInnen ein gutes Bild von der innerbetrieblichen Sozialpartnerschaft. Diese dürfte während der Krise in 80 % der Unternehmen sehr gut funktionieren. Die Betriebsräte fühlen sich in großer Mehrzahl gut einbezogen und informiert, es gibt auch nur in wenigen Fällen Konflikte mit dem Management. Verbesserungsbedarf dürfte es hingegen bei der Aufsichtsratstätigkeit geben. Der zu geringe Informationsfluss könnte an vermehrten Absagen und Verschiebungen von Aufsichtsratssitzungen liegen und am Rollenverständnis des jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Einschätzung zur Umsatzentwicklung 8
Tabelle 1: Einschätzung zur Umsatzentwicklung nach Branchenzuordnungen 9
Abbildung 2: Einschätzung zum Unternehmenserfolg 10
Tabelle 2: Einschätzung zum Unternehmenserfolg nach Branchenzuordnungen 11
Abbildung 3: Einschätzung zur aktuellen Ertragslage 12
Abbildung 4: Erwartete Umsatzeinbußen 13
Abbildung 5: Auftretende Probleme während der Krise 14
Abbildung 6: Einschätzung der Liquiditätssituation 15
Abbildung 7: Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützungen 16
Abbildung 8: Erwartete Dividendenpolitik im Jahr 2020 17
Abbildung 9: Diskutierte oder umgesetzte personalpolitische Maßnahmen 18
Abbildung 10: Anteil der Beschäftigten im Homeoffice während der Krise 19
Abbildung 11: Unternehmensbereiche von Homeoffice während der Coronakrise 20
Abbildung 12: Bewertung der Arbeit im Homeoffice 21
Abbildung 13: Kommunikation zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat während der Krise 22
Abbildung 14: Beurteilung der Krisenkommunikation des Managements zu den Beschäftigten 23

Literatur

Bierbaumer-Polly, Jürgen / Bilek-Steindl, Sandra (2020): COVID-19-Pandemie ließ heimische Wirtschaftsleistung bereits im I. Quartal 2020 kräftig sinken, WIFO-Presseaussendung vom 30.04.2020, Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65923&mime_type=application/pdf, abgerufen am 04.05.2020.

Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend (2020): COVID-19 Aktuelle Arbeitsmarktzahlen, Online verfügbar unter: https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Aktuelle-Arbeitsmarktzahlen.html, abgerufen am 06.05.2020.

Bock-Schappelwein, Julia / Huemer, Ulrike / Hyll, Walter (2020): Covid 19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren, WIFO Research Briefs 2/2020, Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65886&mime_type=application/pdf, abgerufen am 06.05.2020.

Hölzl, Werner / Klien, Michael / Kügler, Agnes (2020): Die Corona-Pandemie erfasst die österreichische Wirtschaft, Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März 2020, Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65843&mime_type=application/pdf, abgerufen am 06.05.2020.

ORF (2020): Kurzarbeit: Mittel werden auf 10 Mrd. Euro aufgestockt, Onlinebeitrag vom 30.04.2020, Online verfügbar unter: https://orf.at/stories/3163892/, abgerufen am 30.04.2020.

Poledna, Sebastian / Cuaresma, Jesus Crespo (2020): Economic recovery after shutdown could take up to three years, International Institute for Applied Systems Analysis, Online verfügbar unter: https://iiasa.ac.at/web/home/about/news/200421-economic-impacts-of-covid-19.html, abgerufen am 30.04.2020.

#FÜRIMMER

Gesellschaftskritische Wissenschaft: die Studien der AK Wien

Alle Studien zum Download:
wien.arbeiterkammer.at/service/studien

youtube.com/AKoesterreich
twitter.com/arbeiterkammer
facebook.com/arbeiterkammer
@ich.bin.die.gerechtigkeit

ARBEITERKAMMER.AT/100

AK 100 JAHRE GERECHTIGKEIT